Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 A. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 4 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 355. Halle, Freitag, den 1. August. **1919.**

Annahme der Verfassung.

Die Verfassungsvorlage in dritter Lesung mit 262 gegen 75 Stimmen angenommen. — Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen als Gegner des Gesetzes. — Ein deutsches Weißbuch.

Deutsche Nationalversammlung.

In seinen weiteren Ausführungen sagte

Minister **Heine:** Auch selbst, wenn Provinz oder selbständiger Staat, Oberschlesien würde unter eine Kommission der Entente, mit anderen Worten doch nur unter polnische Verwaltung kommen. Ich warne, nochmals vor der Bildung solcher selbständiger Republiken. Auch im Rheinland. Das Verhältnis Preußens zum Reiche sollen wir

nicht vom Standpunkte der Eifersüchteleien von Reich und Preußen

und der einzelnen Ressorts untereinander behandeln. Das Reich muß eine einheitliche und gemeinsame Verwaltung erhalten. die Gesetze überall gleichmäßig angewandt werden. Wenn man Preußen in ein Dutzend kleiner Republiken auflöst, so hintertreibt man dadurch die Möglichkeit, einen einheitlichen deutschen Verwaltungskörper herauszubilden. Das

alte preußische Verwaltungssystem ist das billigste gewesen,

das es je in der Welt gegeben hat. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und in der Mitte.) Jawohl, es läßt sich nicht bestreiten, daß das demokratisch-republikanische Verwaltungssystem viel mehr Gelder fordern wird. (Erneutes Hört, hört!; Unruhe links.) Dafür hat es

aber auch erhebliche Vorzüge,

da es die Möglichkeit der Entwickelung der inneren Kräfte bietet. (Lebhafter Beifall links.) Aus der Stellungnahme Preußens zu den thüringischen Plänen werden Sie erkennen, daß Preußen absolut loyal vorgehen will. So wird es auch

Thüringen in seinem Streben,

zu einem leistungsfähigen Gesamtstaat zu kommen, unterstützen. Verlangt wird nur, daß in beiden Staatskörpern die gleichen Grundlagen der Verwaltung zur Anwendung kommen. Denn dadurch würde die Freiheit des Reiches gestärkt. In allen Wirtschaftsfragen werden wir uns mit Thüringen verständigen. Nehmen Sie den Artikel 18 in der neuen Fassung an. Er möge aber auch nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reiches in Frage kommen. (Lebhafter Beifall.)

Regierungskommissar Dr. **Preuß:** Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen zu können, daß er Ihnen die Annahme des Kompromißantrages empfohlen hat. Auch ich erblicke in ihm nicht die Erfüllung eines Ideals. Er ist eben ein Kompromiß. (Zustimmung.)

Darnach wird ein Schlußantrag angenommen. Der Kompromißantrag zu Artikel 18 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76

Volksentscheid und Verfassungsänderung.

Nach kurzer unerheblicher Aussprache wird ein Antrag Waldstein (Dem.) — Dr. Beyerle (Ztr.) — Katzenstein (Soz.) angenommen, auf Einführung eines Artikels 75a:

„Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt."

Darauf geht das Haus zu dem dritten Abschnitt der Grundrechte, Religion und Religionsgesellschaften, Artikel 132—138, über.

Zu Artikel 134, Freiheit der Religionsgesellschaften beantragt Abg. Dr. **Kahl** (D. Vpt.) den Zusatz, daß, wenn sich mehrere öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbande zusammenschließen, auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist.

Der Antrag Dr. **Wahl** wird angenommen.

Auf Antrag Dr. **Spahn** (Ztr.) wird die Bestimmung, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben, gestrichen.

Im übrigen wird der Abschnitt nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Um 1¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Nachmittag 3 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um 3¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Beratung wird fortgesetzt mit Abschnitt 4,

Bildung und Schule,

Artikel 139—147. Die Artikel werden gemeinsam zur Beratung gestellt.

Unterstaatssekretär **Schulz:** Zwischen den drei großen Parteien ist eine Verständigung über die Schulfrage zustandegekommen. Ueber Sinn und Tragweite dieser Verständigung habe ich im Auftrage der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären:

Ueber den Grundgedanken des Artikels 143, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nunmehr von den drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichenden Schulformen. Als solche werden angesehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind

erstens ein ordnungsmäßiger Antrag einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit und

zweitens die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebes. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so muß dem Antrag stattgegeben werden. Wer als erziehungsberechtigt anzusehen, wieviele zu einem Antrage notwendig sind, wieviel Schulen einzurichten sind, und in welcher organisatorischen Form, das soll

die Landesgesetzgebung regeln,

aber auch nicht nach eigenem Ermessen; sondern nach Richtlinien, die durch ein Reichsgesetz aufzustellen sind. Dieses Reichsgesetz soll nach dem übereinstimmenden Wunsche der drei Parteien und der Regierung baldigst, möglichst noch im Laufe des nächsten Winters, erlassen werden. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll es bei der bestehenden Rechtslage bleiben. Parteien und Regierung sind auch darin einig, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung solche Landesteile, in denen Schulen aller Bekenntnisse (Simultanschulen) durch Gesetz und Ueberlieferung eingebürgert sind, **besonders berücksichtigt werden sollen.** Zur

Frage der Privatschulen

ist zwischen dem Zentrum und uns eine Verständigung zustandegekommen. **Die Demokraten haben sich dieser Verständigung nicht angeschlossen.** Aber darin sind sich alle drei Parteien einig, daß kein Mißbrauch mit Errichtung von Privatschulen getrieben werden darf. Der Resolution Beyermann, wonach für den Fall, daß infolge des Auf- und Ausbaues der staatlichen Schulen Privatschulen der Auflösung verfallen oder schwere wirtschaftliche Schädigungen erleiden, die Gewährung einer angemessenen Entschädigung vorgesehen wird, steht die Regierung wohlwollend gegenüber. In Artikel 145 haben wir die Volkswirtschaftslehre als besonderen Lehrgegenstand gestrichen, aber auch nur deshalb, weil er sich aus den beiden anderen Fächern, Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht, ganz von selbst ergibt. In Artikel 146 soll nach unserem Antrage die Teilnahme am Religionsunterricht demjenigen überlassen werden, „der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat." Endlich sind sich Regierung und antragstellende Parteien noch über den in Artikel 146 festgelegten Begriff der „Lehrerbildung" einig, und zwar dahin, daß darunter nur

die Bildung der Lehrer

an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen zu verstehen ist, nicht die Bildung von gewerblichen und besonderen Fachlehrern. Bei der im Artikel 141 vorgesehenen Schulaufsicht durch fachmännisch vorgebildete Beamte handelt es sich natürlich nur um die technische Aufsicht im eigentlichen engeren Sinne des Wortes. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die getroffenen Vereinbarungen unserem Schulwesen zum Segen gereichen mögen.

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Ztr.): Die Erziehungsschule muß über die Lernschule gestellt werden. Die Konfessionsschule als Erziehungsschule ist unser Ideal. Hier hoffen wir uns weitere Gebiete zu erobern.

Abg. **Schiffer** (Dem.): Nicht nur aus sachlichen Gründen, sondern in erster Linie aus politischen Gründen haben wir uns zu dem Kompromiß bereit gefunden, nachdem sowohl die Parteien der Rechten, als auch die Unabhängigen ihre Ablehnung der Verfassung in Aussicht gestellt haben, glaubten wir alles tun zu müssen zur

Zusammenfassung der Kräfte,

die sich schöpferisch an einer friedlichen, positiven Entwicklung unseres politischen Lebens beteiligen wollen. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Mumm** (Dn.): Das Wesentliche ist immer die Lehrpersönlichkeit. Erst in zweiter Linie kommt das Programm. (Zustimmung.) Eine wesentliche Verbesserung gegenüber der zweiten Lesung erblicken wir in der Wendung des Kompromißantrages, daß die Erziehung „im Geiste des deutschen Volkes" erfolgen soll. Unerwünscht ist es, daß der Antrag dann noch den Zusatz enthält „und der Völkerversöhnung".

Abg. Dr. **Runkel** (D. Vpt.): Wir begrüßen, daß

die Schule fortan Arbeitsschule

sein soll, weil das für die Kinder einen wesentlichen Vorteil bedeutet. Wir bedauern, aber, daß die Einheitsschule zu Falle gebracht ist, und daß darüber hinaus noch die Gefahr besteht, daß die Staatsschule in die Brüche geht und zur Parteischule werden könnte. (Beifall bei der D. Vpt.)

Unterstaatssekretär **Schulz:** Wir verurteilen stets, wie wir es auch früher getan haben, wenn in der Schule die Gefühle der Andersdenkenden verletzt werden. Wir wollen lediglich die Einheitsschule des sozialen Gedankens im Gegensatz zur nationalen Einheitsschule. In einer Staatsschule der staatlichen Organisation, die auf der Demokratie aufgebaut ist, muß auch der Erziehungsberechtigte den maßgebenden Einfluß auf die Erziehung der Jugend erhalten. Sie wird dadurch keine Parteischule

Abg. **Kunert** (U. S.): Das neue Kompromiß ist nicht geeignet, uns zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen. Es zerreißt rettungslos die künftige Einheits- oder Arbeitsschule. Diese steht nun einmal in unversöhnlichem

Gegensatz zur Katechismusschule.

Abg. **Gröber** (Ztr.): Der Abgeordnete Hofmann hat nicht im Auftrage unserer Fraktion und ohne Kenntnis der Fraktion gesprochen. (Hört, hört!) Wir erblicken in dem Kompromiß ein Friedenswerk, das überflüssige und

gefährliche Kämpfe auf dem Schulgebiete vermeiden

kann. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Katzenstein** (Soz.): In dieser schweren Zeit handelt es sich nicht darum, schulpolitische Kämpfe zu unterstützen, sondern zum Frieden auf diesem Gebiet zu gelangen. Wenn eine ungünstige Lage für die Privatschule befürchtet wird, so ist allerdings die öffentliche Schule das Ziel unseres Strebens.

Abg. Dr. **Luppe** (Dem.): **Aus rein sachlichen Gründen stimmen wir für das Kompromiß. Bezüglich der Privatschule sind wir nicht zur Verständigung gelangt.**

Darauf wird die Debatte geschlossen. Der Abschnitt 4 (Bildung und Schule) wird in der Fassung der Kompromißanträge angenommen, ebenso die Resolution

Deutsch-Oesterreichs Staatskanzler an Deutschland.

Hermann Müllers Antwort.

WTB. **Wien,** 31. Juli. (Drahtnachricht.) Der österreichische Staatskanzler Renner hat folgendes Begrüßungstelegramm an den Reichsminister des Auswärtigen gerichtet:

Wien, 27. Juli. **Herr Reichsminister! Durch den Willen der Nationalversammlung mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut, begrüße ich Sie als Sachverwalter des Reiches, dem Deutschösterreich durch Volkstum und Geschichte am nächsten steht. Ich erinnere Sie an diesem Tage an unsere vieljährige persönliche Freundschaft und spreche die Hoffnung aus, daß Sie der Aufrichtigkeit und Innigkeit der Beziehungen beider Staaten förderlich sein werde, gez. Renner.**

Der Reichsminister des Auswärtigen hat von Weimar aus mit folgendem Telegramm geantwortet:

Ew. Exzellenz! Durch das Vertrauen der deutschösterreichischen Nationalversammlung wurden Sie in einer für die deutsche Nation so schmerzlichen Zeit mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschösterreichs betraut. Die langjährige Freundschaft, die uns schon seit der Zeit vor dem Kriege persönlich verbindet, wird, so hoffe ich zuversichtlich, jetzt, wo der Schrecken gleich schwer auf beiden Völkern lastet, nur dienlich sein, wenn es gilt, die innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrechtzuerhalten, die wir nach außen hin zu vertreten die Ehre haben. gez. Hermann Müller, Minister des Auswärtigen.

Volksabstimmung in Koburg.

WTB. **Bamberg,** 31. Juli. (Drahtnachricht.) **Zum Anschluß Koburgs an Bayern wird amtlich mitgeteilt: In letzter Zeit fanden wiederholt Besprechungen zwischen den Staatsregierungen Koburgs und Bayerns statt zwecks Anschlusses Koburgs an Bayern. Es wurde eine Uebereinstimmung darüber erzielt, daß das Theater Koburgs erhalten bleibe, die Sammlungen in der Form einer Stiftung weiterbestehen und die vorhandenen Gerichte und Schulen beibehalten werden. Außerdem verpflichtet sich Bayern zum Bau zweier kleiner Bahnen. Zwischen Koburg, dessen Bewohner Franken sind, und Bayern bestehen seit längerer Zeit bereits enge wirtschaftliche Beziehungen. Deshalb erklärten sich auch die Parteien des bayrischen Landtages bereit, den Wunsch Koburgs auf Anschluß an Bayern zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr durch Volksabstimmung in Koburg getroffen werden.**

Das Riesenflugzeug R 69 von der Entente beschlagnahmt.

WTB **Wien,** 31. Juli. (Drahtnachricht.) **Das Riesenflugzeug R. 69 der Deutschen Luftschiffreederei, das mit 22 Personen den Flug von Kaminiez Podolsk nach Wien machte und auf dem Flugplatz von Aspern niederging, wurde gestern nachmittag, wie Abendblätter melden, von der Ententekommission beschlagnahmt. Das Flugzeug wird unter dem Schutze der Italiener auf den Flugplatze stehen bleiben, da es an einem entsprechend großen Schuppen mangelt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190801011/fragment/page=0001

Beuermann (Ztr.) betreffend Entschädigung für die Privatschulen.

Bei Artikel 145, Absatz 1, wonach in allen Schulen

sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung,

persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben ist, wird auf Antrag des Abg. Mumm (Dn.) über das Wort „Völkerversöhnung" besonders abgestimmt. Für die Streichung des Wortes erheben sich nur die Deutschnationalen und einige Mitglieder der deutschen Volkspartei. (Gelächter und lärmende Zurufe bei den Soz.: Kriegshetzer, Kriegsgewinnler!)

Es folgt der 5. Abschnitt der Grundrechte (Artikel 148 bis 162) über das Wirtschaftsleben.

Abg. Hue (Soz.) spricht gegen den Antrag Dr. Spahn und Gen. (Z.r.) zu Artikel 152 (Verteilung und Nutzung des Bodens), den letzten Absatz „Private Regale und Nutzungsrechte sind aufgehoben" zu ändern in: „Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen". Redner empfiehlt dagegen den Antrag Auer und Gen. (Soz.): „Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nützbaren Naturkräfte sind in Gemeineigentum zu überführen; private Regale und Nutzungen sind auf den Staat zu übertragen; das Nähere bestimmt die Gesetzgebung."

Nach kurzer Debatte ergibt die Abstimmung die Ablehnung des Antrages Auer mit 170 gegen 152 Stimmen. Das Ergebnis wird mit stürmischen Pfuirufen bei den Sozialdemokraten aufgenommen. Rechts ertönen Bravorufe. Einzelne sozialdemokratische Abgeordnete sprechen in größter Erregung auf die demokratischen Abgeordneten ein. Es entsteht großer Lärm.

Der Antrag Dr. Spahn wird mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Artikel liegt ferner folgende Entschließung Dr. Spahn und Gen. vor:

„Die Regierung um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, wonach: die auf Nutzung beruhenden, noch nicht zur Ausnutzung gelangten Bergwerksberechtigungen alsbald auf ihren Entstehungsgrund und ihre wirtschaftliche Bedeutung mit dem Ziel zu prüfen sind, sie in die Hand des Reiches zu bringen.

Die Annahme der Entschließung erfolgt ohne Aussprache mit großer Mehrheit.

Artikel 158 erhält auf Antrag Dr. Spahn die Fassung:

„Zur Erreichung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Altersschwäche und Wechselfälle des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."

Zu Artikel 162 (Rätesystem) bemerkt

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Die Angestellten legen Wert darauf, daß ihnen die

Möglichkeit einer Sondervertretung

ihrer Interessen gegeben wird.

Abg. Dr. von Delbrück (D. N.): Wir sind der Meinung, daß neben den Arbeiterausschüssen besondere Angestellten-Ausschüsse errichtet werden müssen.

Abg. Koenen (U. S.): Die Mehrheitsparteien wollen mit ihrem Kompromiß nicht das Rätesystem verankern, sondern den Kapitalismus. (Sehr richtig bei den U. S.)

Als Redner in großer Breite weiterspricht, unterbricht ihn

Präsident Fehrenbach: Herr Abgeordneter, die Beratung des Artikels 162 ist kein passender Anlaß, hier

eine kommunistische Festrede

zu halten (Große Heiterkeit bei den Mehrheitssozialisten; Unruhe, Zurufe: Unerhört! bei den U. S.)

Abg. Koenen fortfahrend: Die Arbeiter, die im Schützengraben haben bluten müssen, die sich die Fetzen ihrer Kameraden haben um die Ohren fliegen lassen müssen, werden Ihnen das nie vergessen.

Präsident Fehrenbach: Das gehört nicht zur Sache. Ich rufe Sie nunmehr zur Sache. (Unruhe und Lärm bei den U. S.; Frau Zietz ruft: Das ist zur Sache!)

Abg. Koenen fortfahrend: Die Empörung, die Entrüstung, der Zorn der Arbeiter ballt sich zusammen zu einer

lodernden Flamme des Hasses

gegen Sie.

Präsident Fehrenbach: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihnen beim drittenmal ohne Debatte durch das Haus das Wort entzogen werden kann.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) zur Geschäftsordnung: Mit seiner Bemerkung, es sei nicht der Platz, kommunistische Festreden zu halten, hat der Präsident eine Kritik an der Rede meines Fraktionsgenossen geübt, die nicht ihm zusteht. (Sehr richtig bei den U. S.) Es ist keine Geschäftsleitung, sondern eine schlecht aufgefaßte Despotie. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Präsident Fehrenbach: Was der Abg. Koenen sagte, gehört nicht zur Sache, und ich hätte ihn schon vorher zur Ordnung rufen können. Im übrigen habe ich die Geschäfte des Hauses zu leiten und nehme irgend einen Tadel in Bezug auf meine Geschäftsführung nicht entgegen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Beyer (Soz.): Wir protestieren nur gegen die ironisch-höhnische Art, in der der Präsident die Ausführungen unseres Fraktionsgenossen kritisiert hat. Das ist keine Unparteilichkeit mehr. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Präsident Fehrenbach: Ob parteiisch oder unparteiisch, darüber wird Herr Beyer nicht allein zu entscheiden haben, sondern nur das Haus und ich habe eventuell dem Urteil des Hauses entgegen.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Das kommende Gesetz wird für die Arbeiter und Angestellten besondere Gruppen scheiden, die für alle sie selbst berührenden Fragen zuständig sind. Die Betriebsräte aber sind an wirtschaftlichen Fragen beteiligt, die die Einstellung, Kündigung usw. beider im gleichen Maße berühren.

Nach weiterer Debatte wird ein Schlußantrag angenommen.

Artikel 162, Absatz 4, erhält auf Antrag Spahn folgende Fassung:

„Die sozialpolitischen und wirtschaftlich politischen Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch einen seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen."

Die übrigen Abänderungsanträge zu dem Artikel 162 werden abgelehnt.

In der weiteren Debatte und Beratung wurde ein Antrag auf

Streichung des Artikels 164, der

die Familien der ehemaligen deutschen Landesherren von der Wahl zum Reichspräsidenten ausschließt,

in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 141 Stimmen angenommen. (Große Unruhe links.)

Nach weiterer Debatte wird in namentlicher Abstimmung die Verfassungsvorlage in dritter Lesung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die unabhängige sozialdemokratische Partei. (Lebhafter Beifall.)

Darauf bringt Bauer, Dr. David und Präsident Fehrenbach, die alle drei hervorheben, daß durch Annahme dieses Verfassungswerkes das deutsche Volk die demokratischste Demokratie der Welt sei. Sie sprechen ferner ihren Dank allen denen gegenüber aus, die an diesem Werke mitgearbeitet haben.

Nächste Sitzung: Freitag, 9 Uhr vormittags.

Ein deutsches Weißbuch über den Frieden.

Bekanntgabe deutscher Urkunden über das Zustandekommen der ersten Friedensschritte und des Waffenstillstandes. — Das Verhalten der Deutschen Obersten Heeresleitung.

WTB. Berlin, 31. Juli. In der Vorbemerkung des heute ausgegebenen Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes heißt es u. a.:

Die Veröffentlichung ist erforderlich geworden, um der Legendenbildung entgegenzutreten. Die veröffentlichten

Dokumente entstammen den Archiven des Auswärtigen Amtes

und der Reichskanzlei. Sie sind Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Friedensangebots vom 3. Oktober und des Waffenstillstandsabkommens vom 11. Oktober 1918. In großen Zügen ergibt die Sammlung folgendes Entwickelungsbild:

Während General Ludendorff noch Mitte Juli 1918 mit Bestimmtheit erklärt hatte, daß die

jetzige Offensive den Feind endgültig und entscheidend besiegen

werde, darf jetzt angenommen werden, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg militärisch zu beenden, und daß daher an eine Verständigung mit dem Feinde, und zwar durch neutrale Vermittelung, zu denken wäre. Der Entschluß des Kaisers lautet vielmehr: es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten, und nach ihm faßt der Reichskanzler die Beratung dahin zusammen: diplomatisch müssen die Fäden betreffs einer Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden; ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen. Erst am 10. September tritt eine teilweise Aenderung ein. Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärt sich nunmehr mit der

Vermittelung einer neutralen Macht

zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden. Die Versuche führen nicht zum Ziel. Inzwischen verschärft Bulgariens Zusammenbruch die Situation wesentlich. Vom 21. September an taucht in den Aktenstücken der Gedanke auf, zur Einleitung der Friedensverhandlungen direkt an Amerika heranzutreten. Vorbereitungen werden getroffen. Am 29. und 30. September ist Staatssekretär v. Hintze wieder im Großen Hauptquartier. Das Ergebnis der Beratungen zeigt sich in dem Telegramm von Hintze an sein Berliner Amt vom 30. September 9 Uhr 40 Minuten nachmittags:

„Bitte auf Grund Vollmacht seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzler in Wien und Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage Präsident Wilson den Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihm einzuladen Friedenskonferenz nach Washington zu berufen. Nach Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand, wozu unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung der Vorschlag auf geeignetem Wege an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde."

Noch am selben Abend gehen aus Berlin die Telegramme nach Wien und Pera ab. In diesen Tagen tritt

die Aktion in ein neues Stadium.

Die Oberste Heeresleitung bittet jetzt auf das dringendste, das Friedensangebot gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage sofort hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober nachmittags läßt Hindenburg dem Vizekanzler von Payer mitteilen:

„Wenn bis heute abend sieben bis acht Uhr Sicherheit vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung bilden könne, sollte bis zum nächsten Morgen gewartet werden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte er die Aussage der Erklärung für heute nacht für geboten."

In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstages hält, kommt auch in diesem größeren Kreise

die drängende Lage

scharf zum Ausdruck. Prinz Max von Baden sträubt sich aufs heftigste gegen die gewünschte Friedensaktion. Am 2. Oktober läßt General Ludendorff selbst den Entwurf der Note telephonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt. Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellt er schriftlich die Frage:

„Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und reinpolnischer Kreise der östlichen Provinzen, führen kann?"

Am gleichen Tage übersendet Hindenburg, der in Berlin anwesend ist, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Absendung des Friedensangebotes bestehen bleibe. Nach eingehenden Besprechungen unter den Staatssekretären geht die Note

unter diesem Druck der Obersten Heeresleitung

in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinaus. In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärt der Reichskanzler am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nochmals:

„Ich habe gegen die Note gekämpft erstens, weil ich den Moment für verfrüht hielt; zweitens, weil ich an den Feind im allgemeinen mich wenden wollte. Jetzt müssen wir die Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß die Lage an der Front festgestellt werden, und zwar müssen gewiegte Offiziere, Armeeführer gehört werden."

Die Staatssekretäre äußern sich im gleichen Sinne. General Ludendorff sieht

in der Befragung anderer Generale ein Mißtrauen

und läßt für diesen Fall mit seinem Abschied rechnen.

Es folgt die Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Am 5. Oktober antwortete Wilson. Am 9. Oktober findet eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gibt. Er vertritt nunmehr den Standpunkt, daß Deutschland nicht gezwungen sei, alle Forderungen anzunehmen, daß insbesondere eine etwaige

Forderung auf Preisgabe deutscher Festungen abgelehnt

werden können. Aber die Antworten auf die Frage, wie lange noch Widerstand geleistet werden kann, lauten wechselnd und unsicher. Die deutsche Erwiderung auf Wilsons Antwort ergeht noch im vollen Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung. Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober wird wesentlich schärfer. Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall.

Der Stolz bäumt sich auf,

und die Oberste Heeresleitung möchte zurück. Diese fragt an, ob die deutschen Massen noch einmal in den Kampf bis zum äußersten mitziehen würden, oder ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei. Am 17. Oktober finden drei Sitzungen statt. In der mittleren Sitzung äußert sich Ludendorff hoffnungsvoller, als vor zwei Wochen über die Möglichkeit, über die nächsten Wochen hindurch standzuhalten. Aber seine Aeußerungen sind unbestimmt, wechselnd und stimmungsgemäß gefärbt. Am Ende der Sitzung weist der Reichskanzler darauf hin, daß auch nach der weitestgehenden Hoffnungen Ludendorffs

der Krieg nur auf beschränkte Zeit

fortgeführt werden kann, daß inzwischen mit dem Abfall der beiden noch übrig bleibenden Verbündeten bestimmt zu rechnen ist, und daß sich nunmehr die Frage erhebt: Steht man am Schlusse besser oder schlechter als heute? Ludendorff ist der Auffassung, daß es keine schlechteren Bedingungen gibt. Nach diesen Beratungen tritt wegen der

schwankenden und sich zum Teil widersprechenden Aeußerungen Ludendorffs

über die militärische Lage wieder das Bedürfnis hervor, andere Generale zu hören. Aber Ludendorffs Widerspruch ist noch nicht beseitigt. Es folgt die deutsche Antwort vom 20. Oktober. Diesmal besteht eine sachliche Differenz mit der Obersten Heeresleitung, hauptsächlich wegen der Einstellung des U-Bootkrieges. In einer vor Absendung der Note anberaumten Besprechung mit deutschen Auslandsvertretern, Rosen, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Metternich, hatten diese sich übereinstimmend für das Entgegenkommen in der U-Bootfrage ausgesprochen. Es folgt der

Abschluß des Waffenstillstandes.

In diesem Stadium bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr mit der Obersten Heeresleitung. Am 10. November funkt diese mit der Unterschrift Hindenburgs gleichzeitig nach Berlin und an die mit Foch verhandelnde Waffenstillstandskommission:

In welchen Punkten versucht werden müsse, Erleichterungen zu erreichen. Das Telegramm endet mit den Worten:

„Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Gegen Ablehnung der Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson herbeizuführen."

Am 11. November 1918 tritt der Waffenstillstand in Kraft.

Damit schließen die Urkunden.

Antisemitenkrawall in Hamburg.

D. P. K. Die Enthüllung der ekelhaften Schmutzereien in der hessischen Süßstoffabrik in Hamburg haben dort Ende Juni Anlaß zu Antisemitenkrawallen gegeben. In einem gemeinsam von den Hamburger Ortsgruppen des Deutschen Schutz- und Trutzbundes und des Reichshammerbundes herausgegebenen Flugblatt hieß es:

„Hamburger! Arbeiter! Parteigenossen! Das Volk Hamburgs in allen Schichten ist berechtigterweise erregt über die Aufdeckung der ruchlosen „Süße"-Bereitung der Firma J. Heil, deren Inhaber, Kommerzienrat Jacob Heil, seiner wohlverdienten Bestrafung entgegensieht. Wißt Ihr, wer dieser Kommerzienrat ist? Nein! Denn die Berichterstattung der gesamten Presse geht, wissentlich oder unwissentlich darüber hinweg, daß dieser „Ehrenmann" zufällig wieder einmal ein Jude ist! . . . Wer von Euch will, daß Juden und Judengenossen endlich für ihr verbrecherisches Treiben zur Verantwortung gezogen werden, der schließe sich uns an!"

Nicht minder gehässig haben die in Hamburg erscheinenden „Deutschvölkischen Blätter" den Fall ausgeschlachtet. In der nächsten Nummer aber brachte dann das Blatt die folgende „Richtigstellung":

„In unserem Aufsatz „Jüdische Schweinereien und ihre Folgen" in der letzten Nummer waren wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß der verhaftete Lebensmittelfälscher Jacob Heil Jude sei. Wir hatten von Herren, die diesen persönlich kannten, die Mitteilung in bestimmter Form bekommen, da der Vornahme Jacob, das frühere Gewerbe eines Lederfabrikanten und das schnelle Umstellen auf Lebensmittelfabrikation diese Angaben noch zu unterstützen schienen, keinen Anlaß, an der Richtigkeit der Mitteilung zu zweifeln . . . Als von anderer Seite nach Erscheinen unseres Aufsatzes die Richtigkeit unserer Behauptung bestritten wurde, haben wir sofort im Geburtsort Heils Nachforschungen veranlaßt und von dort die Mitteilung erhalten, daß dieser kein Jude sei."

Ueberaus merkwürdig ist es, daß das in Hamburg erscheinende Hauptorgan des Deutschvölkischen Bundes schamhaft den Geburtsort des Fabrikanten Heil verschweigt, in dem es, wie es angibt, über dessen Herkunft Erkundigungen eingezogen hat. Es handelt sich dabei nämlich um das hessische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190801011/fragment/page=0002

Städtchen Butzbach, und dieses ist gleichzeitig der Wohnort des antisemitischen Agitators Prof. Werner, des Vorsitzenden des Deutschvölkischen Bundes. Wie die in Gießen erscheinende „Oberhessische Volksztg." und andere hessische Blätter feststellen, ist dieser Jacob Heil auch ein Angehöriger der antisemitischen Partei.

Neue unwahre Behauptungen Erzbergers.

Köln, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung antwortet jetzt auf die Behauptung Erzbergers, daß sie zuerst den Bericht Czernins veröffentlicht habe. Am 25. Juli hat Erzberger bekanntlich als möglich hingestellt, daß die Oberste Heeresleitung den Bericht in die Rheinisch-Westfälische Zeitung lanziert habe. Demgegenüber sagt das Blatt, daß es erst habe feststellen müssen, ob es den Bericht Czernins überhaupt veröffentlicht habe. Eine auch nur teilweise Wiedergabe des Berichtes im Jahre 1917, also in der kritischsten Zeit, sei völlig unwahrscheinlich gewesen, denn die Denkschrift hätte das Gegenteil von dem bewirken müssen, was die Rheinisch-Westfälische Zeitung sich zum Ziel setzte, d. h., nachdem der Krieg einmal gegen ihren Wunsch ausgebrochen war, nun das Volk mit allen Mitteln starkmütig zu erhalten. Die Denkschrift sei im Gegenteil im höchsten Maße geeignet gewesen, flauzumachen. Auch hätte die Zensur gegen eine Zeitung mit Recht eingegriffen, die dies veröffentlicht hätte. Die Zeitung habe nochmals die in Betracht kommenden Bände durchgesehen, sodaß ihre Antwort sich um einige Tage verzögert habe. Inzwischen hat Erzberger am 29. Juli behauptet, daß die Oberste Heeresleitung den Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zur Veröffentlichung gegeben habe. Endlich führt die Rheinisch-Westfälische Zeitung an, daß die Oberste Heeresleitung ihr niemals eine Andeutung vom Briefe Czernins gemacht habe. Auch sagte Ludendorff mit Fug und Recht, daß die Oberste Heeresleitung doch nicht einen so niederdrückenden Bericht zu verbreiten mitgeholfen hätte. Nachdem die Zeitung ihre Feststellungen abgeschlossen hat, erklärt das Blatt, daß **Erzberger seine sämtlichen Behauptungen in dieser Sache von Anfang bis zu Ende erfunden habe.** Die Rheinisch-Westfälische Zeitung habe die erste Notiz über den Czerninschen Bericht am 16. Juni 1918 gebracht, zu einer Zeit also, als der Bericht schon längst dank der Tätigkeit des Herrn Erzbergers bei den Feinden bekannt war und zwei Tage nachdem Czernin seinen Einfluß in Wien eingebüßt hatte.

Gemütliches Beisammensein des Verfassungsausschusses.

WTB. **Weimar**, 31. Juli. Aus Anlaß der Fertigstellung der Verfassung der deutschen Republik in der Nationalversammlung vereinte am 30. Juli auf Einladung des Reichsministers Dr. Preuß ein geselliges Beisammensein in den Festräumen des Hotels Erbprinz die Mitglieder des Verfassungsausschusses und die zahlreichen Vertreter der Regierung, die an den Verfassungsarbeiten beteiligt gewesen sind. An der in durchaus schlichten Formen gehaltenen Festlichkeit nahmen außer dem Präsidenten des Reichsministeriums Bauer und dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach auch die Minister Erzberger, Dr. David, Giesberts, Dr. Bell, sowie die früheren Minister Schiffer, Dernburg und Gothein, die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen und die große Reihe der Regierungskommissare teil, deren Tätigkeit in den letzten Monaten mit dem Verfassungswerk verknüpft gewesen war. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast vollzählig erschienen. Der Reichskommissar Dr. Preuß begrüßte in einer launigen Ansprache seine Gäste mit dem Hinweis auf das nach mühevoller Arbeit unter bereitwilliger Mitwirkung aller Parteien zustande gekommene und von der großen Mehrheit der Nationalversammlung getragene Verfassungswerk und dankte dem Verfassungsausschuß für seine eifrige und ernste Mitarbeit. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Abgeordneter Haußmann, dankte seinerseits im Namen des Ausschusses mit wärmsten Worten der Anerkennung Herrn Dr. Preuß, dem die Entstehung und erfolgreiche Durchberatung der Verfassung zu verdanken sei.

Die Pause der Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 31. Juli. (Drahtnachricht.) In den Beratungen der Nationalversammlung wird von Freitag Abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten. Die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiterzutagen.

„Völlig aus der Luft gegriffen."

WTB. **Berlin**, 31. Juli. (Drahtnachricht.) Die Havasmeldung vom 30. Juli, wonach Deutschland den von den Alliierten vorgeschlagenen Uebergang des Souveränitätsrechts über das abgetretene Gebiet Polens durch eine Note des Freiherrn v. Lersner angenommen habe, ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht nur völlig aus der Luft gegriffen, sondern erscheint auch dem Sinne nach unverständlich. Die rechtliche Stellung der abzutretenden Gebiete ist durch den Friedensvertrag geregelt. Es liegt kein Grund für Deutschland vor, schon jetzt die Souveränität darüber aufzugeben. Diesbezügliche Verhandlungen sind selbstverständlich nicht gepflogen worden. Die deutsche Regierung hat lediglich von der Entente die Eröffnung direkter verbindlicher Verhandlungen mit den Polen über die Verwaltungs- und Räumungsfragen angeregt und die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, ihr Einverständnis hiermit zu erklären, daß Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen an den Beratungen teilnehmen. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen in Berlin stattfinden.

Die Besetzung der rheinischen Gebiete.

WTB. Berlin, 31. Juli. Auf die deutschen Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete hat die Entente zum Teil entgegenkommend geantwortet. Die Angelegenheit wird morgen zwischen den beteiligten Regierungen, dem Vorsitzenden der deutschen Kommission und dem parlamentarischen Beirat des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete besprochen werden. Die Verhandlungen werden in Versailles fortgesetzt werden.

Der Kohlenjammer in Ostpreußen.

Berlin, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die mangelhafte Kohlenlieferung nach Ostpreußen droht das gesamte Wirtschaftsleben der Provinz lahmzulegen. Wird die Kohlenfrage nicht befriedigend gelöst, kann Ostpreußen unmöglich das Reich mit Nahrungsmitteln versorgen. Die Kohlenbestände der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sind fast aufgebraucht. Die Privatbahnen, die den Verkehr zwischen Königsberg und der Ostseeküste vermitteln, werden voraussichtlich stillgelegt werden müssen.

Weitere Erhöhung des Eisenbahntarifes?

Kassel, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **Wie wir erfahren, ist eine nochmalige Neufestsetzung des Eisenbahntarifs bei teilweise weiteren Erhöhungen jedenfalls ab April 1920 geplant. Hierzu bemerkt der „L.-A.", daß diese Nachricht vorläufig jeder Begründung entbehre. Allerdings sei man schon seit längerer Zeit bemüht, einen Ausgleich für das durch die Lohnerhöhungen entstandene Defizit zu finden, jedoch ist man zu irgendwelchen umgrenzten Anschlägen bisher nicht gekommen.**

Die Unterdrückung Bulgariens.

Haag, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Entwurf des Friedensabkommens mit Bulgarien ist vom Obersten Rat in Paris weiter behandelt worden. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sind nunmehr festgestellt und es bleibt nur noch die Grenzfrage zu regeln übrig. Diesbezüglich hat Venizelos eine ausführliche Auseinandersetzung gehabt. Er protestierte gegen die bulgarischen Grausamkeiten und verteidigte Griechenlands Ansprüche auf Mazedonien. Von Bulgarien wurde eine lange Denkschrift eingereicht, in der bewiesen werden soll, daß die Dobrudscha, Mazedonien und Thrazien tatsächlich bulgarisch seien.**

Die Ententeabsichten in Ungarn.

Wien, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) **Ein Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblattes" erfährt über die Absichten der Entente in der ungarischen Frage u. a. folgendes: Die Entente besteht auf dem Zustandekommen einer Koalitionsregierung, in der alle politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten vertreten seien. Aber auch von den sozialistischen Führern sollen jene, die durch das gegenwärtige Regime kompromittiert erscheinen, keine Rolle spielen. Die Entente hat in der Umgebung von Szegedin 35 000 Mann französischer Kolonialtruppen aufgestellt. Ebensoviel Truppen dürfte die Szegediner gegenrevolutionäre Armee zur Verfügung haben. Diese wird auch von der Entente mit Kriegsmaterial unterstützt. Die Rätearmee, die bei Szegedin steht, erreicht einschließlich des Train die Stärke von etwa 9000 Mann.**

Die Demobilisation Amerikas.

WTB. **Amsterdam**, 31. Juli. (Drahtnachricht.) Das Preßbureau Radio meldet aus Washington: Kriegssekretär Baker teilte mit, daß die amerikanische Armee am 29. August vollständig demobilisiert sein wird.

Deutsches Reich.

Kabinettssitzung.

WTB. **Berlin**, 31. Juli. Heute nachmittag findet, wie wir hören, eine Kabinettssitzung statt, in der verhandelt wird über den Entwurf eines Postscheckgesetzes und einer Fernsprechgebührenordnung.

Allgmeiner Streik in Bochum und Duisburg.

WTB. **Berlin**, 31. Juli. Wie wir erfahren, ist es in Bochum zu einem allgemeinen Ausstand aus Anlaß des Hungerstreiks der Schutzhäftlinge nicht gekommen, ebenso in Duisburg.

Kunst und Wissenschaft.

Der Kunsthistoriker und Dichter Ottokar Kernstock, Chorherr des Stiftes Vorau und Pfarrer in Festenburg (Steiermark) ist von der Grazer Universität zum Ehrendoktor der Philosophie ernannt worden.

Vom ehemaligen Dessauer Hoftheater. Aus Anhalt wird geschrieben: Die Kulturwelt darf es mit Genugtuung erfüllen, zu vernehmen, daß auf Grund der (von der heimischen Landesversammlung soeben angenommenen) gütlichen Auseinandersetzung mit dem früheren Herzogshause das bisherige „Herzogliche Hoftheater" durch eine freie Kulturstiftung des Hofes in beträchtlicher Höhe als Landesbühne weiter erhalten bleibt und den Namen „Friedrich-Theater" fortan nun ständig führen soll. Möge denn nicht nur ein würdiger Name an den idealen Fürsten und edlen Kulturschöpfer Friedrich II. dauernd erinnern, sondern auch gute alte Stilpflege nach seinen Ueberlieferungen über den neuen Zeitaufgaben des Betriebes nicht versäumt noch vernachlässigt werden!

Carl Rocco, der Verfasser des Renaissance-Zyklus „Monna Lena" und des seiner Zeit vom Herzog von Meiningen bei Gelegenheit der Einweihung des Neuen Hoftheaters unter Max Grubers Meisterleitung aufgeführten Schauspiels „Die zwei Gesellen", das die deutsch-italienischen Wesens-Gegensätze behandelt, hat ein neues Bühnenwerk „Der falsche Heinrich", eine Hofgeschichte in drei Lustspielakten vollendet.

Halle und Umgebung.

Halle, den 1. August 1919.

Prof. Abert und Prof. Schmieden verlassen Halle.

„Ich habe den Ruf nach Heidelberg angenommen, werde aber erst am 1. April dorthin übersiedeln."

So schreibt uns Herr Prof. Dr. Abert in freundlicher Beantwortung unsrer Anfrage. Die Universität Halle verliert also leider diesen ausgezeichneten Musikgelehrten.

Ferner scheidet Herr Prof. Dr. Schmieden, der Direktor unsrer chirurgischen Klinik, von hier. Er macht uns darüber folgende liebenswürdige Mitteilung:

„Entgegen den bisherigen Zeitungsmeldungen erlaube ich mir Ihnen die Meldung zu erstatten, daß ich erst Dienstagabend endgültig die Berufung an die Universität Frankfurt am Main angenommen habe."

Demnach gilt es auch, wie wir unlängst schon mitteilten, für diesen vortrefflichen Mediziner Ersatz zu suchen.

Der Städtetag und die Finanzpläne des Reiches.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth traten am Mittwoch die Vorstände des Deutschen und Preußischen Städtetages im Berliner Rathause zusammen, um zu den Finanzplänen des Reiches, soweit sie bisher bekanntgeworden sind, Stellung zu nehmen. Anwesend waren u. a. die Oberbürgermeister von Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Gotha, Halle, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Münster, Saarbrücken und Stettin, ferner Vertreter des bayrischen Städteverbandes und der Vereinigung der Finanzdezernenten der größeren deutschen Städte. In Würdigung der schweren finanziellen Notlage des Reiches billigten die Vorstände beider Städtetage grundsätzlich die Einführung der Reichseinkommensteuer. Sie beschlossen jedoch, unverzüglich eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, welche die Regierung um eine eingehende Darlegung ihrer finanziellen Pläne ersuchen und bei der Vorberatung gesetzgeberischer Maßnahmen der Nationalversammlung die Interessen der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiet des Steuerwesens zur Geltung bringen soll, besonders in der Richtung, daß den Städten die Berechtigung zur Erhebung selbständiger Einkommenzuschläge erhalten bleibe und daß ihnen daneben weitere Steuerquellen zum eigenen Ausbau überlassen werden.

Die Linienführung für den Mittellandkanal.

Die Braunschweiger Landesversammlung hat sich dieser Tage wiederum mit der Frage der Fortführung des Mittellandkanals beschäftigt. Regierungsrat Spannuth hat als Vertreter der braunschweigischen Regierung deren Standpunkt dargelegt. Diese steht nach wie vor in Uebereinstimmung mit der sächsischen und anhaltischen Regierung auf dem Standpunkt daß lediglich die Südlinie Förderung verdient. Herr Spannuth gab zu, daß diese Linie den braunschweigischen Interessen am besten entspricht, aber, so fügt er hinzu, sie sei auch diejenige, die in den Plan eines großen deutschen Wassernetzes am besten passe. Er meinte, ein Blick auf die Karte lehre, daß es das richtigste sei, wenn man einmal den Westen des Deutschen Reiches mit dem Osten auf einer möglichst geraden Linie (gestreckten Nordlinie) verbinde, und daß man ferner den Westen und die Seestädte Bremen und Hamburg mit Mitteldeutschland und weiter mit den Städten Leipzig und Dresden auf dem Wasserwege verknüpfe. Diese zweite Verbindung führe nicht in der Schlangenlinie der Mittellinie, sondern im Zuge der Südlinie. Beide Verbindungen werden einmal gebaut werden müssen, sobald unsere wirtschaftliche Lage das zuläßt, zunächst jedoch die Linie, die die meisten Verkehrswünsche erfüllen kann und das sei die Südlinie.

In Halle wird dieser Standpunkt durchaus geteilt.

Beseitigung aller Gebührenfreiheiten im Post- und Telegrammverkehr.

Mit Niederlegung der Regierung durch die Fürsten sind die für sie selbst und ihre Gemahlinnen sowie auch für ihre Hausministerien, Hofverwaltungen und deren Stellen vorher gewährten Portobefreiungen — ein Zustand, der oft Gegenstand ernstester Rüge war — von selbst erloschen. Wie die Reichspostverwaltung mitteilt, schweben Erwägungen über einen Gesetzentwurf zur Beseitigung aller Portofreiheiten. Die Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Telegramm- und Fernsprechverkehr, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung im Verordnungswege eingeführt sind, ist durch Erlaß des Reichs-Postamts vom 12. Nov. 1918 bereits verfügt worden.

Der Verband kaufmännischer Krankenkassen Deutschlands, Sitz Barmen

hielt vom 25. bis 27. Juli in Halle seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende der Krankenkasse des kaufmännischen Vereins Halle, Herr H. Wähmer, begrüßte die Versammlung. Dem vom Verbandskassierer A. Kocherscheidt-Barmen erstatteten Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Verbandskasse mit einem Bestand von 3500 Mk. abschloß. Der Verbandsvorsitzende Ernst Vesper-Barmen, erstattete den Geschäftsbericht, nach welchem dem Verband 12 kaufmännische Krankenkassen, darunter 11 Ersatzkassen im Sinne der Reichsversicherungsordnung angehören, die eine Mitgliederzahl von 39 075 und ein Vermögen von 811 092,19 Mark haben. Sie verausgabten an Kassenleistungen usw. insgesamt rund 1 950 000 Mk. An Beitragsteilen des Arbeitgebers nach § 517 R. V. O. wurden insgesamt 300 000 Mk. vereinnahmt, die sich nach Erhöhung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze von 2500 Mk. auf 5000 Mk. und nachdem die zum Heere einberufenen Mitglieder zurückgekehrt sind, auf mehr als 1 250 000 Mk. erhöhen.

An Stelle des plötzlich verhinderten Berichterstatters des Abgeordneten zur Nationalversammlung Gustav Schneider-Leipzig, sprach der Verbandsvorsitzende über den „Kampf um das Recht der Ersatzkassen und deren Zukunftsaufgaben". Er rechnete besonders scharf ab mit der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 3. Februar, durch die man auf dem Umwege über die Entziehung des Arbeitgeberdrittels den Ersatzkassen das Lebenslicht ausblasen und die Ortskrankenkassen stützen wollte. Er wies auf die Eingaben und Besprechungen hin, die in dieser Angelegenheit an die Regierung und die National-Versammlung gerichtet worden sind und gab der Freude des Verbands Ausdruck, daß die Nationalversammlung die Verordnung vom 3. Februar aufgehoben und den Ersatzkassen ihr Recht zugesprochen habe.

Weiterhin beschäftigte sich der Verband mit dem Zusammenschluß der beiden Verbände kaufmännischer Krankenkassen, der er unter bestimmten Bedingungen zustimmte, sowie mit der Einrichtung gemeinsamer Abrechnungsstellen über das Arbeitgeberdrittel gemäß dem Gesetz vom 28. Juni 1919. Weiter wurden die allgemeinen Verbandsangelegenheiten geregelt und ein Spaziergang durch Halle und das Saaletal gemacht. Der Ort des nächstjährigen Verbandstages soll vom Verbandsvorstand festgesetzt werden.

Darlehnskassenscheine mit Reklamezetteln sind abzulehnen. Die Hauptverwaltung der Darlehnkassen, Berlin SW 19, Jägerstr. 34/36, teilt mit, daß ihr neuerdings Darlehnskassenscheine vorgelegt werden, die mit Reklamezetteln, vielfach politischen Inhalts beklebt sind. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die öffentlichen Kassen die Annahme solcher Scheine verweigern müssen, weil es ihnen erschwert oder unmöglich ist, zu prüfen, ob diese Scheine echt sind. Die Eigentümer, denen solche Scheine an den öffentlichen Kassen nicht abgenommen werden, sind alsdann gezwungen, sich an die Hauptverwaltung der Darlehnskassen zu wenden, um zu versuchen, Ersatz zu erhalten. Dem Publikum kann daher nur eindringlich geraten werden, die Annahme solcher Scheine zu verweigern, um sich seinerseits gegen Schaden zu sichern.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung eines kurzen, aber kernigen und sinnreichen Wahlspruches hat der Rabeninselverein Böllberg-Halle ausgeschrieben. Dieser Wahlspruch möchte, so wie der Wahlspruch des Heidevereins: „Halle und Heide, Gott schütze beide" oder der Wahlspruch des Harzklubs: „Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott schenke uns allen ein fröhliches Herz" kurz und recht vielsagend sein. Er möchte vor allen Dingen auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen und zum Ausdruck bringen, daß die Rabeninsel eins der schönsten Kleinode unserer Vaterstadt Halle ist. Einsendungen werden bis zum 15. September 1919 an den Vorsitzenden des Rabeninselvereins, Herrn Hans Rauschenbusch, Halle, Böllbergerweg 59, erbeten. Jede Sendung ist mit einem Kennwort zu versehen und der Name des Einsenders ist in einem verschlossenen Briefumschlag beizufügen. Diese Briefumschläge werde erst nach der Beurteilung geöffnet. Das Preisrichteramt haben übernommen: Herr Bergassessor Georg Klein, der Ehrenvorsitzende Herr Juwelier Tittel, Fräulein Elisabet Postler und die sämtlichen Vorstandsmitglieder. Als Preise sind 30, 20 und 10 Mark ausgesetzt.

„Vivarium", Verein für Aquarien- und Terrarien-Kunde, E. V. Die nächste Vereinssitzung findet am Freitag, den 1. Aug. abends 8½ Uhr im Vereinslokal Bauers Restaurant, hierselbst, statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vorträge mit Verweisungen a) „Pflanzen aus dem Modrehnaer Moor" (Herr Schortmann), b) „Die Strumpfband-Natter" (Herr Direktor Dr. Kniesche), 3. Verlosung. Gäste sind willkommen.

Aus den Schienen sprang beim Befahren der in der Reilstraße angebrachten Kletterweiche ein Motorwagen. Es trat eine Betriebsstörung von 20 Minuten ein. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190801011/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

S. **Merseburg**, 30. Juli. (Die Stadtverordnetenversammlung) wählte heute den Magistratsassessor Wölfel aus Koburg für die Dauer von 12 Jahren zum besoldeten Stadtrat für die Verwaltungszweige Gewerbegericht, Mieteinigungsamt, Armen- und Wohlfahrtspflege. Zur engeren Wahl standen vier Bewerber. Die unabhängigen Sozialisten und die Mehrheitssozialisten gaben weiße Stimmzettel ab, wegen der grundsätzlichen Anschauung der Stadtverwaltung, daß ein Jurist für diesen Posten zu wählen sei. An Stimmen wurden abgegeben 12 Stimmen für den Gewählten und 6 Stimmen für einen anderen Bewerber.

S. **Merseburg**, 30. Juli. (Zur Linderung der Wohnungsnot) bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 119 000 Mark für 23 Bauten der Rentengutsgesellschaft Merseburg, sowie 12 000 Mark und 4850 Mark für zwei andere Privatbauten als Ueberteuerungszuschüsse.

:: **Mücheln**, 30. Juli. (Ein edles Paar ganz raffinierter Schwindler) scheint sich unsere Gegend als Arbeitsstätte ausersehen zu haben. In St. Micheln und St. Ulrich erschienen bei verschiedenen Einwohnern zwei Männer, die angaben, aus Berlin zu kommen und angewiesen seien, sämtliches elektrisches Material, Motore usw. zu beschlagnahmen. Sie bemerkten, es würde alles an ein großes Kraftwerk angeschlossen. Da die Sache auf Schwindel beruht, wird vor diesen Leuten dringend gewarnt.

Neustadt a. d. O., 30. Juli. (Ein Forstaufseher erschlagen.) In Ausübung seiner Berufspflicht ist der staatliche Forstaufseher Hartmann aus Breitenhain ermordet worden. Er war früh um 3 Uhr von zu Hause weggegangen. Als er gegen Mittag noch nicht zurück war, wurden seine Angehörigen besorgt. Bei Nachforschungen wurde seine Leiche in einem Walddickicht bei Lichtenau gefunden. Die Schläfe wies eine blutunterlaufene Verletzung auf, die wohl von der Rückseite einer Axt herrührt. Wahrscheinlich hat Hartmann Holzdiebe ertappt, und einer von ihnen hat dann den tödlichen Schlag mit der Axt ausgeführt. Um einen Selbstmord vorzutäuschen, wurde die Leiche an einem Baum aufgeknüpft. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Eisenach, 29. Juli. (Um die erledigte Oberbürgermeisterstelle) haben sich gegen 40 Personen beworben, darunter auch der kürzlich neugewählte zweite Bürgermeister Dr. Janson-Eisenach, bisher in Zeitz.

Vermischtes.

Zweimal hineingefallen. Bei einem Hamburger Gastwirt erschien ein Unbekannter, um ihm 80 Pfund Rohkaffee anzubieten, die der Wirt dann kaufte. Durch Vermittlung eines anderen Mannes verkaufte der Wirt nun den Kaffee wieder an einen dritten. Dieser Käufer beauftragte den Wirt, den Kaffee nach der Dammtorstraße zu bringen und ihn dort in einem Kontorhause abzugeben. Als der Wirt mit dem Sack Kaffee vor dem näher bezeichneten Hause ankam, traten zwei Männer auf ihn zu, zeigten ihre Ausweismarken, die sie als Kriminalbeamte legitimierten und erklärten den Kaffee für beschlagnahmt. Während der eine der Kriminalbeamten bei dem Kaffee zurückblieb, nahm der andere den Wirt mit, um ihn zum Stadthause zu bringen. Unterwegs beteuerte der Wirt seine Unschuld so eindrucksvoll, daß der gerührte Beamte ihn schließlich mit dem Bemerken laufen ließ, er solle nach der Dammtorstraße zurückkehren und sich den Kaffee wiedergeben lassen. Der Wirt eilte nun zurück und sah gerade den anderen Beamten mit dem Sack Kaffee in ein Auto steigen. Als der verdutzte Beamte das Anliegen des Wirtes hörte, lud er ihn ein, mit einzusteigen und mit zur Wache 14 nach der Eimsbüttelerstraße (St. Pauli) zu fahren, wo er dann das Weitere hören würde. Der Wirt stieg also ein. Auf der Fahrt dorthin kamen dann dem Beamten doch Bedenken verschiedener Art, z. B. könne der Kommissar gerade übel gelaunt sein usw., worauf er dann dem Gastwirt vorschlug, auszusteigen und sich am nächsten Tage nach der Wache 14 zu bemühen und sich den Kaffee abzuholen. Der vertrauensselige Wirt stieg denn auch wieder aus und kam am nächsten Tage zur Wache 14, wo er denn die Entdeckung machen mußte, daß die beiden „Kriminalbeamten" falsche Ausweise gehabt und ihn gründlich hineingelegt hatten; denn bei der Polizei war gar nichts über den Vorfall bekannt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.)

Der Verkehr am rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte lenkte in der Berichtswoche in ruhigere Bahnen. Für Kohlenkure trat Entlastungsbedürfnis ein, und namentlich die Kurse schwerer Kuxe litten unter dem nicht einmal erheblichen Angebot beträchtlich. Die Einbußen betragen bei König-Ludwig, Lothringen, Constantin der Große, Helene und Amalie und Ewald etwa 2—3000 Mk., bei Graf-Schwerin etwa 1000 Mk., während Langenbrahm nach vorübergehender Abschwächung auf die Erklärungen der jüngsten Gewerkenversammlung besser behauptet blieben. Stärker sind auch die Abschläge in Blankenburg, Caroline-Holzwickede, Gottessegen und Johann-Deimlsberg. Ebenso glitten Trier und Hermann I—III auf Glattstellungen Einbußen. Besser behauptet sind Trappe, und ebenso bleibt für die linksrheinischen Unternehmungen Diergardt, Moers und Wilhelmine Mevissen auf der erhöhten Grundlage Kauflust bestehen. Höher allein stellten sich bei Berichtsschluß Admiral, die die im Laufe der Woche eingetretene Abschwächung vollständig einzuholen vermochten.

Am Braunkohlenmarkte waren Lucherberg, Schallmauer, diese zu erhöhten Preisen, weiter Oskarssegen, Leonhardt, Vesta u. a. im Verkehr. Zukunft-Aktien büßten etwa 10 Proz. gegenüber ihrem vorwöchentlichen Stand ein.

Am Kalimarkte war die Preisentwicklung nicht einheitlich. Nach zunächst starken Käufen auf allen Gebieten trat auch hier im weiteren Verlauf Entlastungsbedürfnis ein, das bei vielen Werten zu Kursabschlägen führte. Gefragt und höher blieben bei Niederschrift dieses Berichtes Carlsfund, Einigkeit, Hansa-Silberberg, Hermann II, Wilhelmshall und Wintershall. Sehr bedeutende Umsätze fanden in Hüpstedt und Felsenfest statt, die vorübergehend 1000 Mk. im Kurse gewannen, ohne jedoch diesen höchsten Stand voll behaupten zu können. Weiterhin sind alle Kuxe der Gumpel-Gruppe begehrt und höher, insbesondere Königshall und Hindenburg, und schließlich besteht rege Kauflust für die Werte der Unstrut-Gruppe, die nennenswerte Preissteigerungen erzielten. Die Umsätze sind indes mit den hier genannten Werten nicht erschöpft. Am Verkehr nahmen fast sämtliche Kuxe des Marktes teil. Hervorzuheben waren namentlich Burbach, Gebra, Glückauf-Sondershausen, Neustaßfurt, Volkenroda, Bergmannssegen, Hohenfels, Walbeck, weiter Thüringen, Johannashall, Walter, Irmgard, Heldungen, Herfa, Neurode, Neusollstedt u. a. Kaliaktien blieben dagegen vernachlässigt und die Notierungen weisen entsprechend der Allgemeinstimmung Abschläge auf.

Einigung in den Unstrut-Kaliwerken.

Der Betrieb der zum Westeregeln-Konzern gehörigen Kaliwerke Orlas, Nebra, Georg und Unstrut, welcher am 1. Juli wegen Unbotmäßigkeit und geringer Leistung der Arbeiter geschlossen war, wird am 1. August wieder aufgenommen, nachdem die Belegschaften die von der Verwaltung gestellten Bedingungen — Anerkennung der Arbeitsordnung und Tarifverträge, 7½stündige Schichtzeit und Erhöhung der Mindestleistung — angenommen hat. Die Feierschichten wurden nicht bezahlt.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 31. Juli. In der lustlosen abwartenden Haltung an der Börse ist keine Aenderung eingetreten. Die Stimmung war anfänglich immerhin als ziemlich fest zu bezeichnen, und dies trat besonders am Montanmarkte in leichten Preisbesserungen für einige Werte zutage. Lebhaft waren die Umsätze zuweilen in Gelsenkirchen. Die anfänglich feste Haltung für Kriegsanleihe und Schatzscheine verschwand im Zusammenhang mit dem weiteren Rückgange der deutschen Valuta im Auslande wieder, und die Kurse bröckelten hier ab. Kriegsanleihe 81,70—81,50. Dementsprechend erhielt sich das Interesse für Valutawerte. Doch sind wesentliche Veränderungen in diesen nicht eingetreten. Schiffahrtsaktien waren bei behauptetem Kursstand ziemlich geschäftslos. Sonst sind noch Hirsch-Kupfer als 4 Proz. höher, Badische Anilin als 5 Proz. niedriger zu erwähnen. Die übrigen Kursveränderungen waren unbeträchtlich. Ungarische Anleihen lagen fest. Oesterreichische Anleihen nahezu unverändert. Oesterreichische Kreditaktien wurden mit 100 ca. 6 Proz. niedriger gehandelt.

Devisenkurse.

Berlin, 31. Juli.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	[illegible]40.00	640,50	625,00	625,50
Dänemark	100 Kr.	379.00	379.50	371 00	371.50
Schweden	100 Kr.	415 00	415.50	407 00	407.50
Norwegen	100 Kr.	395.00	395,50	387 00	387.50
Schweiz	100 Fr.	298 00	298 25	293,00	293,25
Oesterreich	100 K.	43.95	44.05	44.95	44.55
Ungarn		—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 305.00 Brief 306 00 für 100 Pesetas

Helsingfors 102,25 102,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 31. Juli. Im freien Warenverkehr hielt sich das Geschäft bei wenig veränderten Preisen nach wie vor in engen Grenzen. Von Saatgetreide ist Wintergetreide wenig angeboten. In Lupinen zeigt sich vereinzelt Nachfrage nach Saatmaterial. Für Futterlupinen besteht noch keine Nachfrage. Serradella und Heu liegen nach wie vor still. Stroh ist in neuer Ware mit 5 Mk. angeboten und mit 4½ Mk. gesucht. Die Tatsache, daß in allen den Produkten, die für den freien Handel wieder zugänglich gemacht worden sind, die Preise gesunken sind, hat bewirkt, daß sich die Käufer auch für die frei zu handelnden Artikel Zurückhaltung auferlegen.

Die Notierungen der heimischen Anleihen. In der Mittwochssitzung des Berliner Börsenvorstandes wurde den Anträgen der Kommission zugestimmt, wonach für Kriegsanleihe, Reichsanleihen und preußische Staatsanleihe neben dem Einheitskurs auch die laufende Notierung der tatsächlichen Abschlüsse nach Wiederaufnahme des vollen Börsenverkehrs erfolgen soll. Wie hieraus hervorgeht, handelt es sich nur um einen grundsätzlichen Beschluß. Ueber den Termin der Aufnahme der laufenden Notierungen für festverzinsliche Werte steht noch nichts fest. Wie bereits gemeldet, ist dafür ungefähr der 1. September in Aussicht zu nehmen.

Dem Sparkassen-Giroverband Hannover ist die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von 50 Mill. Mk. behufs Gewährung langfristiger Darlehen an die beim Sparkassen-Giroverbande Hannover beteiligten Kommunalverbände und Sparkassen erteilt. Der Anleihebetrag von 50 Mill. Mk. ist je nach Bedarf in verschiedenen Abteilungen zu begeben. Der Zinssatz wird für jede Abteilung je nach der Marktlage bis zur Höhe von 4½ Proz. festgesetzt; für die erste Abteilung von 20 Mill. Mk. beträgt der Zinsfuß 4 Proz. Die Schuldverschreibungen sind durch freihändigen Ankauf oder Verlosung spätestens von dem auf die Begebung der Anleiheteile folgenden Geschäftsjahre, jedoch frühestens vom Geschäftsjahr 1921 ab mit 1 Proz. des Anleihekapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen zu tilgen.

Unreine Kohlenförderung. Aus Dortmund wird drahtlich gemeldet: Die jetzige unreine Kohlenförderung (mit 20 Proz. Steinen) bringt einen täglichen Ausfall von 46 000 Tonnen Kohle mit sich, deren Transport 2000 Eisenbahnwagen erfordert. Otto Hué wendet sich deshalb an die Belegschaften und Betriebsräte, Bedacht auf eine reine Förderung zu nehmen.

Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft A.-G., Gotha. Nach dem Rechnungsabschluß per 31. März cr. beträgt der Geschäftsgewinn aus Betrieb, Straßenbahn und Installation 1 582 085 Mk. (i. V. 1 302 356 Mk.). Dem Anlagetilgungsfonds werden 226 380 (213 976) Mk. und dem Erneuerungsfonds 370 000 (230 000 Mk.) überwiesen. Unkosten beziffern sich auf 243 902 (159 225) Mk. Der schließlich verbleibende Reingewinn macht 510 084 (504 634) Mk. aus. Nach der Bilanz betragen Vorarbeiten und noch abzurechnende Bauten 1 173 398 (973 127) Mk., Schuldner 891 914 (579 177) Mk., Gläubiger 1 988 618 (1 407 651) Mark und Guthaben nahestehender Gesellschaften 6 075 555 Mk. (5 827 339 Mk.).

Leipziger Trikotagenfabrik Aktien-Gesellschaft in Leipzig-Lindenau. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 75 000 Mk. auf 675 000 Mk. Die neuen ab 1. Mai 1919 dividendenberechtigten Aktien übernimmt die Commerz- und Disconto-Bank, Filiale in Leipzig, zum Kurse von 100 Proz. mit der Verpflichtung, sie den alten Aktionären im Verhältnis von 8 : 1 kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die erforderlichen Mittel gehen zu Lasten der 104 600 Mk. betragenden Spezialreserve. Diejenigen Aktionäre, welche die neuen Aktien nicht beziehen wollen, können statt dessen den Betrag von 125 Mk. auf jede alte Aktie, für die das Bezugsrecht nicht geltend gemacht wird, bei dieser Bank erheben. Wie wir von der Verwaltung hören, ist das Unternehmen zurzeit mit Aufträgen gut versehen. Eine weitere Vorhersage über die Aussichten läßt sich wegen der gegenwärtigen Verhältnisse nicht machen.

Die Preise für Messingbleche sind im Juli um durchschnittlich 100 Mk. pro Doppelzentner gestiegen und stehen jetzt auf 850. Die Werke sind so stark besetzt, daß sie Lieferfristen von einem halben Jahr fordern. Auf dem Bleimarkt ist der Preis für Weichblei im freien Verkehr auf 190 gestiegen, für Bleifabrikate werden im freien Handel 220 gefordert, während der Syndikatspreis für Lieferungen gegen Kontingentsschein noch auf 170 steht. Beim Kupferblechverband herrscht auch rege Nachfrage, jedoch blieben die Preise hier noch unverändert.

Metall-Industrie Schönebeck Akt.-Ges. in Schönebeck a. E. Die Dividende wird auf 4 (6) Proz. geschätzt.

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Düsseldorf. Verhandlungen zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft haben zur Wiedereinführung der Akkordlöhne in den Betrieben geführt, die ab 15. August in Geltung tritt. Denjenigen Arbeitern, die mit der Aenderung nicht einverstanden sind, wird anheimgestellt, ihren Dienst aufzugeben.

Roheisenverband. Der Versand des Roheisenverbandes beträgt zurzeit etwa 50 Proz. der Beteiligungen gegen durchschnittlich 62 Proz. während des Krieges und 80 Proz. im Frieden.

Aus der Zigarrenindustrie. Von fachmännischer Seite wird berichtet: Es besteht begründete Aussicht auf einen Abbau der gegenwärtigen, fast unerschwinglichen Zigarrenpreise. Wenn auch eine völlig freie Einfuhr des Rohtabaks aus mehrfachen Gründen nicht möglich ist, so wurden doch vom Reichswirtschaftsamt 30 Prozent der Friedenseinfuhr zugestanden und man hofft zuversichtlich, daß sich durch Verhandlungen der Prozentsatz auf 40 bis 50 Prozent steigern lassen wird. Infolgedessen werden sich die deutschen Tabakpflanzer im eigenen Interesse zu einer Preisherabsetzung bereit finden müssen, denn die interessierten Kreise des Handels und der Industrie sind nicht gewillt, die bisherigen abnormen Preise auch für die Ernte 1919 zu zahlen. Sicherem Vernehmen nach sind bereits auf von uns gecharterten Dampfern große Mengen von Tabak in Europa angelangt und im August steht die Verteilung einer in Holland bereits angekauften größeren Menge Tabak durch die Detag an die Zigarrenfabriken in Aussicht. Die Zigarrenfabriken werden dadurch in die Lage versetzt, ihre Fabrikation wieder in erhöhtem Maße aufzunehmen und die Händler besser zu beliefern. Allmählich dürfte sich dann auch die Konkurrenz wieder fühlbarer machen und zum Abbau der Preise beitragen. Aber auch die Qualität, und die ließ in letzter Zeit trotz der hohen Preise sehr zu wünschen übrig, wird sich nach dem Eintreffen ausländischen Tabaks zweifellos heben, so daß wir uns der Hoffnung hingeben können, zu Weihnachten nicht nur eine billigere, sondern auch eine bessere Zigarre bieten zu können. Was die Besteuerung der vorhandenen Vorräte anbetrifft, so wird man auch voraussichtlich diese mit zu erfassen suchen.

Verband der mittleren und kleinen Zigarrenfabriken. Zur Wahrung der Interessen der mittleren und kleinen Zigarrenfabriken von Thüringen, dem Eichsfelde und Hessen befindet sich ein Verband in der Gründung. Besprechungen darüber finden am 3. August in Mühlhausen i. Th. statt.

Schuhfabrik Herz A.-G., Frankfurt a. M. Die Gesellschaft hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr befriedigend gearbeitet. Immerhin dürfte angesichts der stark erhöhten Unkosten die Dividende hinter dem vorjährigen Satze (11 Proz.) etwas zurückbleiben.

Die Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. teilt mit: Die ab 1. August 1919 bis auf Widerruf für die Importeurfirmen geltenden Verkaufspreise für Salzheringe sind die folgenden: 1919er Sloehering 351 Mk., 1918er Sloehring 296 Mk., 1918er Baarhering 261 Mk., 1917er Norweger Hering 176 Mk. für ein Faß von etwa 105 Kg. netto, 1918er Fetthering größere 351 Mk., d. mittlere 336 Mk., do. kleinere 281 Mk. für ein Faß von etwa 95 Kg. netto. Die Preise verstehen sich ab Lager Seeplatz einschließlich Gebinde und Netto Kasse. Für in Breslau und Altenburg lagernde Ware erhöht sich der Preis um 9 Mk.

Berliner Börse

vom 31. Juli 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	——
Halle-Hettstedter	70,50
Schantungbahn	133,75
Allg. Lokal-Str.	130,25
Gr. Berl. Str.	120,75
Magdeburger Str.-B.	——
Prinz-Heinrich-B.	304,00
Orientbahn	249,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	102,12
Hambg. Südamerika	171,75
Hansa-Dampfschiff.	226,00
Nordd. Lloyd	103,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	152,75
Commerz-Diskonto-bank	123,00
Darmstädter Bank	107,50
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	193,50
Diskonto-Comm.	152,75
Dresdner Bank	129,00
Leipzig Credit-Anst.	133,50
Mitteld. Kreditbank	113,75
Mitteld. Privatbank	111,50
Nationalbank	101,00
Oesterr. Kredit	——
Reichsbank	146,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	246,00
Akt. f. Anilin	246,50
Allgem. Elektr. Ges.	175,12
Ammendorfer Papierfbk.	500,00
Anhalter Kohlenw.	156,00
Annaberger Steingut	180,00
Badische Anilin	328,25
Bergmann Elekt. Akt.	——
Berl. Masch.-Bau	205,50
Bismarckhütte	216,50
Bochumer Gußstahl	182,50
Chem.-Fabr. Buckau	115,00
Chem. Griesheim	195,50
Chem. Heyden	216,50
Consolidation Schalk	——
Gröllwitzer Papierfbk	215,25
Daimler Motoren	202,87
Deutsche Luxemburg	144,00
Deutsche Uebersee Elektr.	225,25
Deutsche Erdöl	312,00
Deutsche Gasglühl.	361,00
Deutsche Kali	175,00
Deutsche Waffen u. Mun.	203,00
Donnersmarkhütte	203,25

Döring & Lehrmann	116,00
Dürkoppwerke	289,50
Elberfelder Faber.	290,50
Felten & Guilleaume	161,75
Gasmotoren Deutz	137,25
Gebhard & Co	240,00
Gebbard & König	89,75
Gelsenkirchen Berg	176,00
Glauziger-Zuckerfbk.	258,00
Hallesche Maschfbk.	310,00
Hann. Masch.	311,50
Harpener Berg	159,75
Hasper Eisen	150,75
Hirsch Kupfer	224,50
Höchster Farbw.	292,00
Hoesch Eisen u. Stahl	213,00
Hohenlohe-Werke	111,75
Humboldt Masch.	131,75
Ilse Bergbau	303,00
Kahla Porzellan	304,75
Kaliw. Aschersleben	162,00
Körbisd. Zucker-Akt.	——
Kyffhäuserhütte	——
Lahmeyer & Co.	117,00
Lauchhammer	163,00
Laurahütte	——
Linke & Hofmann	271,00
Ludwig Loewe & Co.	221,00
Lothringer Hütte	152,50
Mannesmannröhren	184,75
Oberschl. Eisenb.-Bd.	129,00
do. Caro Hag.	178,50
do. Kokswerke	202,00
Orenstein & Koppel	170,50
Phönix Berg	192,87
Rhein. Metall-Vorz.	180,00
Rhein. Stahlwaren	156,00
Riebeck. Montan	174,25
Rombacher Hütten	158,00
Rositzer Braunk.	118,00
Rositzer Zucker	155,25
Sangerhäuser Masch.	233,75
Hugo Schneider A.-G.	187,50
Schuckert & Co.	123,75
Siemens & Halske	161,00
Stettiner Vulkan	158,00
Stollberger Zinkh	106,00
Strals. Spielkarten	239,50
Thale-Eisenhütte	238,50
Triptis Porzellan	177,50
Türk. Tabakregie	515,00
Ver. Köln-Rottweiler	177,00
Ver Glanzstoff	——
Wegelin & Hübner	150,50
Werschen-Weißenfelser Braunk.	——
Westeregeln Alkali	222,00
Wittener Gußstahl	193,00
Wrede Mälzerei	119,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	348,50
Zellstoff Walthof	173,50
Otavi-Minen	126,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190801011/fragment/page=0004